

Die volle Wiederherstellung Ostpreußens.

Eine Ehrenpflicht des preussischen Staates.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beendete gestern die Beratung des Antrages Brütt. Der letzte Gegenstand der Erörterungen war die Lage Ostpreußens. Der Berichterstatter Abg. Freiherr von Zedlitz und Neukirch leitete die Verhandlung mit einer Darstellung dessen ein, was in Ostpreußen seit dem letzten Sessionsabschnitt seitens der Staats- und Provinzialorgane getan ist. Er teilte mit, daß Vorentschädigungen in Höhe von rund 125 Millionen Mark bereits gezahlt sind. Weiter wurde mitgeteilt, daß nach dem vorliegenden Berichte von den etwa 350,000 bis 400,000 ostpreussischen Flüchtlingen in den letzten Monaten die große Mehrzahl wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sei, und zwar nicht bloß die Grundbesitzer, sondern auch zahlreiche Arbeiter. Mit der Rückführung der Flüchtlinge sei aber für die Wiederbevölkerung Ostpreußens nicht genug getan. Es müsse ergänzend hinzutreten eine kräftige und planmäßige innere Kolonisation. Der Berichterstatter gelangte zu dem Schluß, daß sowohl die Minister, insbesondere auch der Finanzminister, wie Oberpräsident, Landwirtschaftskammer und Flüchtlingskommissar alles zur Beseitigung der vorhandenen Notstände und Förderung der Provinz getan haben, was in Menschenkräften liege, und dafür die volle Anerkennung des Abgeordnetenhauses verdienen. An die Tätigkeit zur Beseitigung der vorhandenen Notstände müsse sich eine planmäßige Fürsorge für die wirtschaftliche Hebung der Provinz anschließen. Neben der inneren Kolonisation komme vornehmlich die Verbesserung der Verkehrsmittel in Betracht. Wie ein roter Faden ziehe sich durch alle Neuierungen der Provinzialorgane die Klage über die Erschwerung namentlich auch des Verkehrs mit den übrigen Teilen des Staates durch Eisenbahnen, Wasserstraßen, aber auch die Kunststraßen und Bivalnwege seien einer starken Verbesserung im Interesse der wirtschaftlichen Hebung der Provinz dringend bedürftig. Endlich liege die Beschleunigung der von der Provinz geplanten Elektrifizierung des Landes angesichts des Mangels an Arbeitskräften im dringenden Interesse sowohl der Landwirtschaft wie der Gewerbe. Er stelle daher folgenden Antrag:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung unter voller Anerkennung ihrer Leistungen für den Wiederaufbau von Ostpreußen zu eruchen, auf die weitere wirtschaftliche Hebung der Provinz, insbesondere durch innere Kolonisation, Verbesserung der Verkehrsmittel und Elektrifizierung Bedacht zu nehmen.

Der Minister des Innern stimmte dem Berichterstatter darin zu, daß für den Wiederaufbau Ostpreußens von besonderer Wichtigkeit seien: die Verbesserung der Verkehrsmittel, innere Kolonisation und Elektrifizierung der Provinz. Mit diesen Zielen sei die Staatsregierung einverstanden. Die Arbeit der Vorentschädigungskommission berechtige zu der Hoffnung, daß mit Ende des Krieges die Schäden großen Teiles beseitigt sein würden. Freilich nur die äußeren Schäden, die inneren Schäden würden noch lange fortwirken.

Die Heimkehr der Flüchtlinge

Sei seit Befreiung der Provinz, soweit als irgend möglich vom Staate gefördert worden. Nach der Masurenschlacht seien zunächst in die bis dahin gesperrten Bezirke Gumbinnen und Allenstein die Staats-, Kreis- und Gemeindebeamten zurückberufen worden, sowie die Lehrer. Außerdem wurde die Rückkehr notwendiger Landwirte und Gewerbetreibender zugelassen. Später seien dann der Reihe nach die einzelnen Kreise für die Rückkehr freigegeben worden unter besonderer Rücksichtnahme auf die Frühjahrsbestellung. Ein unmittelbarer Zwang zur Heimkehr sei nicht ausgeübt worden. Mittelbar sei durch Entziehung der Unterstützungen auf die Rückkehr hingewirkt worden, ausgenommen natürlich Fälle, in denen triftige und zwingende Gründe der Heimkehr entgegenstanden. Ein sehr großer Teil der Flüchtlinge, etwa 200,000 sei denn auch zurückgekehrt. Man dürfe hoffen, daß weniaer die Be-

örden als das Heimatgefühl die Ostpreußen in ihre Heimat zurückführen werde. Die Bautätigkeit habe zunächst auf dem Lande eingesetzt, um Wirtschaftsgebäude und Notunterkünfte zu beschaffen. Militärische Rücksichten, Mangel an Material und Arbeitskräften ständen einer großzügigen Aufnahme des Wiederaufbaus noch entgegen, und man müsse sich einstweilen mit den absolut notwendigen Bauten begnügen. Es seien im ganzen etwa 30,000 Gebäude ganz oder zum Teil zerstört, das seien 3 v. H. im ganzen, 10 v. H. in den Grenzkreisen. Bei den Entschädigungen werde man nicht nur den eigentlichen Wert des zerstörten Gebäudes berücksichtigen, sondern die gestiegenen Preise für Material und Löhne, die höheren baupolizeilichen Anforderungen in hygienischer und sozialer Hinsicht. Der Unterschied zwischen dem Neubauwert und dem Zeitwert des Gebäudes werde unter weitestem Entgegenkommen in Form von Darlehen gegeben werden. Bei der Hilfsaktion für die heimgesuchte Provinz komme es in erster Linie darauf an, dem Lande seine Bevölkerung zu erhalten und sie zu mehren. Das müsse der ausschlaggebende Gesichtspunkt bei allen Maßnahmen sein. Der Minister schloß seine Ausführungen mit einem Dank an die großzügige und warmherzige Unterstützung durch die preussische Finanzverwaltung.

Der Finanzminister ergänzte die Ausführungen des Ministers des Innern und des Berichterstatters. Der bisher vom Landtage zur Linderung der Not in Ostpreußen der Regierung gewährte Kredit von 400 Millionen Mark werde nicht ausreichen, um alle

dringenden Ansprüche zu befriedigen, und wenn auch zu erwarten sei, daß das Reich auf Grund eines nach Friedensschluß zu erlassenden Reichsgesetzes für die durch den Krieg verursachten Sachschäden Ersatz leisten werde, so werde doch auch Preußen mit erheblichen Mitteln endgültig eintreten müssen, um das für die Provinz Ostpreußen allerseits erstrebte Ziel zu erreichen.

Der Landwirtschaftsminister berichtete über Schädigung und Wiederaufbau der Pferdezaucht in Ostpreußen. Was die Schäden an den Domänen anlange, so seien in der Provinz Ostpreußen insgesamt 111 Domänen vorhanden. Hiervon seien 81 beschädigt. Der Grad der Beschädigung sei sehr verschieden. Sobald die Verhältnisse es gestattet hätten, habe die Domänenverwaltung die zur Wiederaufnahme des landwirtschaftlichen Betriebes erforderlichen Maßnahmen getroffen. Eine Reihe von Domänen sei aus der Pacht zurückgenommen worden. Diese ständen nunmehr für Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung. Es seien zurzeit zehn Domänen mit 5132 Hektar. Naturgemäß sei diese Zahl noch keine abschließende. Was den Wiederaufbau der Landwirtschaft angehe, so sei zu hoffen, daß unter tatkräftiger Fürsorge des Oberpräsidenten, der früher selbst Vorsitzender der Landwirtschaftskammer gewesen sei, und des jetzigen Leiters dieser Kammer die der ostpreussischen Landwirtschaft geschlagenen Wunden bald heilen würden.

In der Besprechung wurde allseitig das Entgegenkommen der preussischen Finanzverwaltung anerkannt. Allerdings sei mit den bisherigen Leistungen der Schade nur zum allerkleinsten Teile beseitigt, und es sei Ehrenpflicht, bald und ganz zu helfen, insbesondere auch durch Aufstellung der Domänen und Förderung der inneren Kolonisation. Angeregt wurde eine Reise der verstärkten Budgetkommission nach Ostpreußen zur Besichtigung der angerichteten Zerstörungen. Zu diesem Vorschlage äußerte sich die Regierung zustimmend. Verügt wurde, daß in der Kriegshilfskommission kein Städtebautechniker Sitz und Stimme habe, und daß die Städtische Hochschule in Danzig nicht zur Mitwirkung herangezogen sei. Dies könne nicht gebilligt werden, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß beim Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften Zweckmäßigkeit mit Schönheit zu vereinigen sei. Angeregt wurde, daß